

Uneinige SP-Führungsorgane

## SP-Basis vor der Frage nach dem richtigen Weg Ja oder Nein zur 10. AHV-Revision?

In den SP-Führungsorganen ist man sich uneins, auf welchem Weg die Erhöhung des Frauenrentenalters in der 10. AHV-Revision bekämpft werden soll. Die einen fordern, dass man die Vorlage als Ganzes verwerfen und mit einer Auffanginitiative im nachhinein sämtliche positiven Reformpunkte wieder einfordern möge. Andere setzen sich für ein Ja zur Revision ein und wollen später, gestützt auf die selbe Initiative, die Erhöhung des Rentenalters wieder rückgängig machen. In einer Urabstimmung hat nun die Basis zu entscheiden, welcher Weg der richtige sei.

cs. Im März veranstaltet die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (SPS) eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern über die Parole der SP zur 10. AHV-Revision. Die *Führungsgremien* der Partei sind namentlich über das Vorgehen *gespalten*. Die 10. AHV-Revision bringt wesentliche Fortschritte, indem beispielsweise die Frauenpostulate (Splitting und Anerkennung von Erziehungs- und Betreuungsarbeit) erfüllt sowie soziale Verbesserungen (neue Rentenformel) eingeführt werden. Ein Dorn im Auge ist jedoch den Sozialdemokraten die stufenweise *Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 62 auf 64 Jahre*. Dar-

### Erste Urabstimmung der SP seit 74 Jahren

cs. Im März führt die SP eine Urabstimmung über die 10. AHV-Revision durch. Mitte Monat sollen alle SP-Mitglieder, die von den Sektionen der Zentrale gemeldet wurden, die Abstimmungsunterlagen erhalten. Sie haben Zeit bis *Anfang April*, ihren Stimmzettel an das Zentralsekretariat in Bern zurückzusenden. Die Abstimmung ist *geheim*. Sie wird von einem fünfköpfigen Abstimmungsbüro ausgewertet. Die Ergebnisse sollen am 9. April vorliegen.

Die Urabstimmung gibt der SP gleichzeitig Anlass, ihr Mitgliederregister nachzuführen. Man rechnet mit etwa *40 000 Parteimitgliedern*. Interessant wird sein, wie viele SP-Mitglieder sich an der Basisbefragung beteiligen werden. In den letzten Urabstimmungen von 1919 und 1921, die allerdings dezentral über die Sektionen durchgeführt wurden, gaben 23 000 beziehungsweise 34 000 Mitglieder ihre Stimme ab.

über, wie sie darauf reagieren sollen, sind sie sich uneins. Während die einen grundsätzlich die Reform bejahen und mit einer Initiative die Erhöhung des Rentenalters nachträglich rückgängig machen wollen, widersetzen sich andere vehement diesem Vorgehen und bekämpfen die 10. AHV-Revision als Ganzes, um dann mit einer Auffanginitiative den auch ihnen positiv erscheinenden Reformen nachträglich zum Durchbruch zu verhelfen.

### Zuflucht zur Basis

Über die Frage Ja oder Nein zur 10. AHV-Reform soll nun, wie der Parteivorstand am 19. November vergangenen Jahres entschieden hat, die Basis in einer *Urabstimmung* befinden. Ob dieses basisdemokratische Vorgehen in der AHV-Frage wirklich nötig war, kann man sich mit Fug und Recht fragen. Indem der Parteivorstand das Referendum zur 10. AHV-Reform mit 33 zu 26 Stimmen verwarf, hat er im Grunde die Frage bereits beantwortet. Die logische Konsequenz hätte nur ein Ja zur 10. AHV-Revision sein können. So einfach wollte man es sich aber nicht machen, waren doch im Vorstand *Parteispitze und Geschäftsleitung* in der Frage nach der Unterstützung des Referendums *überstimmt* worden. Nun sucht man über eine Urabstimmung Zuflucht bei der Basis. Eine Urabstimmung ist seit dem Parteitagsbeschluss vom Juni 1994 neu auch über wichtige politische Fragen möglich. Welche Schleusen man sich mit dem Entscheid, angesichts der Uneinigkeit zwischen den Führungsgremien eine Urabstimmung über die 10. AHV-Revision durchzuführen, öffnete, wird sich erst noch weisen. Dieses Vorgehen in einer politisch-taktischen Frage zeugt von wenig Führungskraft in der Parteileitung.

### Die Verantwortung der SP

Im Vorfeld der Urabstimmung hat die SP in ihrem Pressedienst eine *Sonderausgabe zur 10. AHV-Revision* veröffentlicht. Deutlicher als darin könnten die unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Wirklichkeit hinsichtlich der 10. AHV-Reform kaum hervortreten. Die Waadtländer Nationalrätin *Francine Jeanprêtre* geht darin mit den Gegnern der 10. AHV-Revision hart ins Gericht. Es müssten sich alle bewusst sein, dass eine Ablehnung der Revision das vorliegende fortschrittliche Modell definitiv zu Fall bringen würde, betont Jeanprêtre. Und weiter gibt sie warnend zu bedenken, dass FDP und CVP, die nur nach langen Auseinandersetzungen auf das Modell eingegangen seien, mit Bestimmtheit nicht mehr bereit wären, dieses noch einmal zu diskutieren. Bei einem Nein zur 10. AHV-Revision macht sie ihre Partei für das Scheitern einer guten Lösung *verantwortlich*: «... wenn wir sie (die 10. AHV-Revision) ablehnen, sind wir für ihr Scheitern verantwortlich.»

Für Jeanprêtre ist freilich klar, dass die Frage des Rentenalters in einem späteren Zeitpunkt gelöst werden müsse. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, dass sich die Erhöhung des Frauenrentenalters erst im Jahr 2005 in der Praxis auswirken werde. Dies lasse Zeit, im Rahmen der 11. AHV-Revision die Frage des Rentenalters – für Frauen und für Männer – im Sinn einer grösseren Flexibilität zu lösen. Es sei denn auch nicht wahr, dass die 10. AHV-Revision einen Sozialabbau bedeute. Diese These stütze sich auf Ereignisse, die frühestens in 15 Jahren eintreten könnten, und auf zwei unwahrscheinliche Hypothesen, nämlich dass es keine 11. AHV-Revision mehr geben und dass bis dahin die Linke verschwunden sein werde.

Ferner erinnert Francine Jeanprêtre daran, dass bei der Abstimmung über die 10. AHV-Revision das *ganze Paket* auf dem Spiel stehe. Auch der erste Teil (verbesserte Leistungen für Behinderte, neue Rentenformel, Erziehungsgutschrift für geschiedene Mütter), der vor zwei Jahren eingeführt wurde und bis Ende 1996 in Kraft ist, sei bedroht. Schliesslich unterstreicht sie, dass ein Nein zur 10. AHV-Revision Splitting und Erziehungsgutschrift endgültig vom Tisch fegen werde. Die Verantwortung der SP für das Gelingen der 10. AHV-Revision erkennt sie zu Recht und meint zu einem Nein zu der Vorlage, «für diese Schlechterstellung der Frauen können und wollen wir nicht verantwortlich sein».

### Strategie des Alles oder Nichts

Ganz anders lautet die Stellungnahme der Genfer Nationalrätin und SGB-Kopräsidentin *Christiane Brunner*. Sie lamentiert darüber, dass man mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen die Rechnung für die positiven Punkte der 10. AHV-Revision den Frauen aufbürden wolle, und weist dann nach, dass man mit der Erhöhung des Frauenrentenalters im Vergleich zu heute gar Einsparungen von 142 Millionen Franken erziele. Diese würden aber auf der andern Seite durch anderweitig verursachte Mehrkosten zunichte gemacht. Mehrausgaben sieht sie auf uns zukommen in der Arbeitslosenversicherung, in der Krankenversicherung, in der Invalidenversicherung und in der öffentlichen Fürsorge. Nach ihren Berechnungen wären 35 000 neue Arbeitsplätze nötig, wenn das Rentenalter der Frauen erhöht würde.

Für Brunner steht fest, dass das Rentenalter der Frauen ab 2005 definitiv auf 64 festgelegt sein werde. Weiter malt sie das Gespenst an die Wand, dass man mit einem Ja zur 10. AHV-Revision zulasse, dass inskünftig sämtliche Probleme, die sich durch die Bevölkerungsentwicklung stellten, auf dem Wege der Erhöhung des Rentenalters gelöst würden. Man nehme damit in Kauf, dass in Zukunft das *finanzielle Gleichgewicht* der AHV systematisch über die *Erhöhung des Rentenalters* hergestellt werde, behauptet sie drohend. Es sei eine Illusion zu meinen, diese Tendenz könne später mit der 11. AHV-Revision rückgängig gemacht werden.

Da die Gewerkschafterin bei einem Nein zur 10. AHV-Revision die grundlegenden Fortschritte für die Frauen – Jeanprêtre spricht von einem Systemwechsel in der AHV – aber dennoch nicht verlieren möchte, setzt sie ihre Hoffnung auf die *Auffanginitiative* der Gewerkschaften. Mit dieser Initiative wird die Einführung der Neuerungen der 10. AHV ohne Erhöhung des Frauenrentenalters verlangt. Brunner glaubt also, dass alles, was in langwierigen Kämpfen von Frauen aus den verschiedensten Lagern für die 10. AHV-Revision errungen wurde, nach einem Nein über eine Initiative dennoch erreicht werden könne – als ob das Nein ohne Wirkung wäre.

### Welcher Weg ist der spitzfindigere?

Christiane Brunner hält vorwurfsvoll den Befürwortern der 10. AHV-Revision in ihrer Partei entgegen, dass *strategische Spitzfindigkeiten* von den normalen Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen nicht verstanden würden. Es stellt sich also den Genossinnen und Genossen an der Basis die Frage, worin liegt die grössere Spitzfindigkeit: im Weg von Francine Jeanprêtre, die zu einer wegweisenden Reform geradlinig Ja sagt und den einen Punkt, der ihr missfällt, anlässlich der nächsten Reform korrigieren will, oder in den verschlungenen Wegen von Christiane Brunner, die zunächst zur gesamten AHV-Reform Nein sagt, um hernach fast alles über eine Initiative wieder einzufordern.